



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Nur 242 Unterstützungserklärungen fehlten zum Wahlantritt von EU-NEIN! 2.358 fristgerecht im Innenministerium eingereicht

Das war der Titel einer **Presseaus-sendung** vom 13. April 2019, einen Tag nach dem letztmöglichen Einreichungstermin, deren vollen Wortlaut wir hier wiedergeben:

Wien (OTS) - Die Sprecher der Liste **„EU-NEIN (EU-Austritt, Einwanderungs-Stopp, Direkte Demokratie, Neutralität)“**, Inge Rauscher von der „Initiative Heimat & Umwelt“, und Dipl. Ing. Rudolf Pomaroli vom „Neutralen Freien Österreich“, berichten, daß sie gestern kurz vor 17 Uhr fristgerecht einen Wahlvorschlag für die Europawahl mit 2.358 behördlich bestätigten Unterstützungserklärungen eingebracht haben. Sie verweisen allerdings darauf, daß viele Unterstützungserklärungen zur Vorlage im Innenministerium sie nicht rechtzeitig erreicht hätten. Gemäß Europawahlordnung gäbe es jedoch **keine Möglichkeit für eine Nachfrist**, wie z.B. bei der letzten Bundespräsidentenwahl oder anderen Wahlen in Österreich. Eine diesbezügliche Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof wird von EU-NEIN überlegt.

Darüberhinaus war vielen Bürgern - speziell in kleinen Gemeinden - durch nicht bürgerfreundliche Öffnungszeiten, besonders für Berufstätige, das Unterschreiben de facto nicht möglich. Dazu die Listen-Erste Inge Rau-

scher: „Die politische Gesamtlage während der Unterstützungswochen war geprägt von einer kolossal negativen **Brexit-Berichterstattung**, die der Einschüchterung der Bürger in allen EU-Mitgliedstaaten im Vorfeld der Europawahl dienen sollte. Den EU-Gegnern - und damit auch den 261.056 Unterzeichnern des EU-Austritts-Volksbegehrens vom Juni 2015 sowie allen ähnlich Denkenden - wurde dadurch für die nächsten 5 Jahre jegliche Chance auf Vertretung ihrer Interessen im Europaparlament genommen.“

Erst wenn der Brexit tatsächlich vollzogen ist, wird sich herausstellen, daß die Lage für Großbritannien weit besser sein wird als es zur Zeit von all jenen schwarz gemalt wird, die nicht bereit sind, ein Referendumsergebnis eines 66 Millionen-Volkes einfach in die Tat umzusetzen. Das wäre eben rechtlich zwingend nur bei einer echten direkten Demokratie nach Schweizer Muster und das wird auch weiterhin eines der Hauptziele von EU-NEIN bleiben.

EU-Beitritt Österreichs - ein gewaltiger Betrug!

Die angeblichen Brexit-Katastrophen werden unserer Einschätzung nach ebensowenig stattfinden wie die von den gleichen Kreisen beim EU-Beitritt versprochenen allgemeinen Preis-

senkungen („Alles wird billiger werden“). Das Gegenteil ist der Fall, wie u.a. der bekannte Industriemanager **Dipl.Ing.Dr. Klaus Woltron** in einer Stellungnahme vom 17.3.2019 in der „Krone-Bunt“ schrieb: „... Ich habe dem EU-Beitritt ausschließlich auf Basis eines gewaltigen Betrugs zugestimmt: kein Geld für Pleitestaaten. Verlagerung der Grenzkontrollen an die Außengrenzen. Nur kontrollierte Zuwanderung. Eigenständigkeit der Einzelstaaten. ... Mit wenigen Ausnahmen hat die EU nicht gehalten, was uns vertraglich im Abkommen von Maastricht versprochen worden war. ...“ - siehe: www.woltron.com/web/files/uploads/f-20609790065c8dfd-1fd46de.pdf

„Und ein ähnliches Erwachen der breiten Bevölkerung wird es auch bei der dzt. laufenden EU-Austritts-Verteufelungsmaschinerie geben“, so Inge Rauscher abschließend.

Rückfragen & Kontakt:

Inge Rauscher:
02242/70516 oder 0664/425 19 35

Rudolf Pomaroli:
0699/100 86 924

eu-nein@a1.net
ihu@a1.net
buendnis@nfoe.at

www.eu-nein.at
www.heimat-und-umwelt.at
www.nfoe.at
www.jazumoexit.at

Original siehe: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190413_OTS0009

Es gibt keinen harten Brexit!	Seite 3
Wie die EU die Klein- und Mittelbetriebe ruiniert.	Seite 4
G5-Mobilfunknetz Gefahr für Mensch und Umwelt.	Seite 6
IHU: wie weiter? Ein Appell.	Rückseite

Warum keine EU-Gegner am Stimmzettel?

Zu diesem Thema muß man etwas ausholen. Seit einigen Jahren kann man beobachten, daß die wichtigsten demokratischen Instrumente der **überparteilichen** Bürgerbewegung in den verschiedensten Ausprägungen von Politik und Medien immer weniger ernst genommen und offenbar ganz gezielt „ausgeschaltet“ werden sollen. Deshalb gehen wir von der „Initiative Heimat & Umwelt“ seit kurzem auch **andere Wege**, die wir früher abgelehnt haben.

2016 haben wir in Wort und Tat den Präsidentschaftswahlkampf von Ing. Norbert Hofer massiv unterstützt und 2017 auch den Nationalratswahlkampf der FPÖ. Dies erfolgte freiwillig, auf eigene Kosten und ohne jeden persönlichen Vorteil dabei, weil die FPÖ in diesen Jahren „unabhängig“ versprochen hatte, die Einführung einer direkten Demokratie nach Schweizer Muster durchzusetzen, eine Zustimmung zum CETA- und anderen Freihandelsabkommen „nur nach Volksabstimmung“ zuzulassen, eine Volksbefragung zum EU-Austritt zu befürworten, „falls die EU den Zentralismus weiter verstärkt“ (was laufend der Fall ist), und eine Abkehr von der Einwanderungspolitik vorzunehmen, dem vordergründigen Argument für den Eintritt in die Regierung Kurz. **Alle diese Versprechungen wurden gebrochen:** umfangreiche Flüchtlingspakete der UNO und zwischen der EU und Afrika wurden von der Kurz-Strache-Regierung zustimmend unterzeichnet und es gibt noch immer keinerlei bauliche und personelle Infrastruktur zum permanenten Schutz und zur Einreisekontrolle an den österreichischen Staatsgrenzen. Die Wünsche der Wirtschaft nach weiteren Zuwanderern werden erfüllt - die gesellschaftlichen Folgen wie Lohndumping und andere Verdrängungsprozesse bleiben der heimischen Bevölkerung. Hofer entpupperte sich in völligem Gegensatz zu seinen Aussagen vor der Wahl als fast ausschließlicher **Handlanger der Konzerne** und ist dementsprechend u.a. auch ein massiver Befürworter des G5-Mobilfunknetzes (siehe dazu den Artikel auf Seite 6-7 dieser WEGWARTE).

Den EU-Gegnern bleibt also nun

gar nichts anderes übrig als selbst an Wahlen teilzunehmen. Das war natürlich auch den EU-Machern und deren nationalen Vasallen klar. Also mußte eine „**Totschlag-Strategie**“ gegenüber den EU-Gegnern im Vorfeld der Europawahl her. Und genau diesem Zweck diente die völlig überzogene **Dramatisierung und Dämonisierung des Brexit** mit den durch Monate hindurch täglichen medial aufgebauchten, angeblichen Chaos-Szenarien und den mantra-artig ständig wiederholten Horrorängsten vor einem sogenannten „harten“ Brexit. Eine Art Weltuntergangsstimmung wurde erzeugt, mit der das normale Denken - der gesunde Hausverstand - völlig in den Hintergrund gedrängt wurde. Dieser Propagandastrategie erlagen die meisten Menschen - sicher nicht nur in Österreich. Der durchgängige Tenor bei den vielen Info-Stand-Kund-



gebungen, die wir durchführten, lautete: „Ihr seid ja Verbrecher. Wollt Ihr die selben Zustände wie in England?“

Nur - in England sind gar keine „Zustände“! Das wurde und wird nur von den EU-hörigen Medien und Politikern so dargestellt ... Siehe dazu den nebenstehenden Brexit-Artikel.

Vor diesem Hintergrund einer herbeigeführten Massenhysterie insbesondere während der nur wenige Wochen umfassenden Frist für die Einholung der behödllich bestätigten Unterstützungserklärungen für EU-NEIN war dies besonders schwierig. Man konnte die ANGST in den Gesichtern der Menschen direkt körperlich spüren. So sehen die Anfänge ei-

ner **harten Diktatur** aus und wir sollten uns dabei keinerlei Illusionen hingeben. Eine unserer sehr aktiven Mitarbeiterinnen mit Herkunft aus einem Ostblockstaat, die eine solche harte Diktatur erlebt hat, erkennt hier bei uns - im sogenannten freien Westen - genau diese Anfänge.

Aber: trotz allem hätten die wenigen fehlenden Unterstützungserklärungen durch die langjährigen WEGWARTE-Leser „locker“ zustandekommen können - siehe dazu die Rückseite dieser WEGWARTE. Wäre EU-NEIN auf den Stimmzettel gekommen, wäre ein Durchbruch in die Phalanx der EU-Befürworter sichtbar geworden, den auch die Medien nicht mehr verschweigen hätten können und der durch die geheime Stimmabgabe bei den Wahlen selbst **eine ganz andere Lage als heute** hätte auslösen können.

Eine (nicht die einzige) der vermutlich von weiter oben gesteuerten EU-NEIN-**Verhinderungsmechanismen** war die Gruppierung „die Stimme“, die eine eigene ÖXIT-Kandidatur zwecks des sattsam bekannten „Teile-und-Herrsche“-Prinzips zu einem Zeitpunkt - 2018 - lancierte, als wir von der IHU bereits seit genau 26 Jahren für den Austritt aus der EU aktiv waren. Trotzdem hätte laut deren veröffentlichter Meinung ausgerechnet Inge Rauscher den Wahlantritt der EU-Gegner verhindert und wäre auf einem „Ego-Trip.“ Diese Öxit-Liste von Markus Ripfl gibt allerdings nicht bekannt, wie viele Unterstützungserklärungen sie erreichte ... Aber für die Verunglimpfung und Täuschung ehrlicher EU-Gegner reichte es.

Solche Mechanismen wird es auch bei jeder kommenden Wahl geben. Diesmal konnte man den Brexit und obiges zur Verunsicherung der Bürger instrumentalisieren, beim nächsten Mal wird es eine andere Strategie mit dem gleichen Ziel sein. Es werden nur jene Völker überleben, die solche Strategien durchschauen und nicht in Resignation verfallen.

Wir wollen jedenfalls allen ganz herzlich danken, die finanziell und/oder aktivistisch einen tatkräftigen Beitrag ge-

leistet haben. Für manche bedeutete dies sicher ein großes Opfer, das man nicht hoch genug schätzen kann. Die - leider viel zu wenigen - Info-Stand-Mitarbeiter hatten durch mehrere Winter-Wochen hindurch auch mit Kälte und Sturm zu kämpfen, die die Gesprächsarbeit mit den Bürgern auf der Straße natürlich sehr beeinträchtigten. Wenn wir alle zumindest in Zukunft eine Chance haben wollen, müssen wir gerade dann, wenn es uns von außen am schwersten gemacht wird, gemeinsam zur Sache und zu unserem Volk, zu Heimat & Umwelt und zu Neutralität & Freiheit, stehen und uns nachfolgendes Dichterwort zu Herzen nehmen:

„Das Schloß ist schon an sich unendlich mächtiger als ihr, trotzdem könnte noch ein Zweifel daran sein, ob es gewinnen wird. Das aber nützt ihr nicht aus, sondern es ist, als ginge euer ganzes Streben dahin, den Sieg des Schlosses unzweifelhaft sicher zu stellen. Deshalb fangt ihr plötzlich grundlos miten im Kampf euch zu fürchten an und vergößert damit eure Ohnmacht.“

Franz Kafka

Im Wahlkampf selbst wird uns von allen Parteien eingeredet werden, daß es um eine „andere“, „bessere“,

„gerechtere“ EU ginge. Die einen wollen Österreich gleich in den „Verinigten Staaten von Europa“ nach dem Muster der USA auf-, in Wahrheit untergehen lassen und dabei die Neutralität endgültig „mitentsorgen“ (die NEOS), die anderen wollen (angeblich) keine zentralistische EU, obwohl genau das der ganze Zweck der EU war und ist, der den ganzen, von allen Mitgliedstaaten ratifizierten, geltenden EU-Vertrag von vorne bis hinten durchzieht.

Ein Haus, das von Anfang an auf brüchigem Fundament errichtet wurde, kann man nicht durch einen neuen Fensteranstrich sanieren!

Es gibt keinen „harten“ Brexit !

Für die EU war das Ergebnis des EU-Austritts-Referendums vom 23.6.2016 ein schwerer Schlag: der Stimmenüberhang der Brexit-Befürworter gegenüber den Brexit-Gegnern betrug **mehr als 1,7 Millionen Stimmen!** Bei der hohen Wahlbeteiligung von über 72 % (bei der Parlamentswahl davor betrug sie nur 66,1 %) stimmten 17,410 Millionen Briten (51,9 %) für den Brexit und 16,141 Millionen dagegen (48,1 %). Der jährliche Mitgliedsbeitrag, den Großbritannien (England, Schottland, Wales und Nordirland) nach Abzug der Rückflüsse netto an die EU abliefern, beträgt im Durchschnitt rund 7 Milliarden Euro (96 Milliarden ÖS). 2016 betrug er 5,6 Milliarden Euro. Großbritannien ist/war die **zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU** und deren **drittgrößter Nettozahler** (Österreich ist der achtgrößte). Deshalb tun die EU-Granden inkl. der Staats- und Regierungschefs seit dem Brexit-Referendum alles, um das Ausscheiden Großbritanniens zu hintertreiben oder zumindest so zu verwässern, daß von einem wirklichen EU-Austritt nichts übrig bleibt - die Mehrheitsmeinung des Volkes ist ihnen dabei völlig egal. Es geht schlicht und einfach um Geld und Macht und um die Statuierung eines Exempels, mit dem alle austrittswilligen Kräfte in den anderen Mitgliedstaaten eingeschüchert werden sollen.

Das gleiche gilt für die britische Regierung und das dortige Parla-

ment. Wie auch bei uns in Österreich werden Bürgervoten von den Herrschenden nicht respektiert. Premierministerin Theresa May und große Teile der Parlamentsparteien hatten ja auch nie zu den Brexit-Befürwortern gehört ... Anstatt den Brexit einfach durchzuführen (dazu waren nunmehr fast drei Jahre Zeit), schürt man seit dem Referendum eine Stimmung, die einen tatsächlichen Austritt als „hart“ („hard brexit“, „No deal“) verteufelt, eine völlig willkürliche und durch nichts begründete Bezeichnung. Stattdessen „darf“ nur ein „weicher“ Brexit kommen, bei dem die EU der Konzerne weiter die Fäden ziehen kann. Bei diesem „Brexit mit EU-Zustimmungsabkommen“ sollen nämlich **EU-„Binnenmarkt“ und „Zollunion“** erhalten bleiben, die Knebelungsinstrumente, die jede funktionierende Volkswirtschaft zum Erliegen bringen - siehe den Artikel auf den nächsten Seiten sowie eine fundierte Analyse zu diesem Thema, die einer der bedeutendsten Staats- und Wirtschaftsrechtsprofessoren Deutschlands, **Dr. Karl Albrecht Schachtschneider**, bereits 2013 verfaßt hatte mit dem Titel „Europäischer Binnenmarkt: Grundfehler der Integration. Wider die Freihandelsdoktrin!“ Dieser dreiseitige Artikel wurde 2013 sowohl in der WEGWARTE abgedruckt als auch der Schweizer Wochenzeitschrift „Zeit-Fragen“, die ihn auch ins Internet stellte, siehe: <https://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2013/>

<nr11-vom-1132013/europaeischer-binnenmarkt-grundfehler-der-integration.html>

Wirtschaftsdaten Großbritanniens intakt

Auch drei Jahre nach dem Austrittsreferendum weit und breit keine Katastrophen; die Wirtschaftsdaten haben sich nirgendwo verschlechtert. Das Bruttoinlandsprodukt ist auch 2018 um satte 3,2 % (weit besser als sogar das deutsche) gewachsen. Arbeitslosigkeit und öffentliche Verschuldung sind zurückgegangen. Die Inflation ist mäßig geblieben. Die Immobilienpreise, von denen man dachte, sie würden einbrechen, weil so viele Geldinstitute abwandern, sind leicht gestiegen. *Quelle (u.a.):* <https://bit.ly/2UvHXL7>

Kein „Deal“ mit der EU erforderlich

Schachtschneider war es auch, der mit seinen Prozessen beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, insbesondere gegen den Maastricht-Vertrag von 1992, die Einführung einer **EU-Austritts-Klausel** rechtlich erstreiten konnte. Diese ist nun EU-Primärrecht und als solche im geltenden **EU-Vertrag im Artikel 50** wörtlich wie folgt festgelegt:

(1) Jeder Mitgliedstaat kann im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten.

(2) Ein Mitgliedstaat, der auszu-

treten beschließt, teilt dem Europäischen Rat seine Absicht mit. Auf der Grundlage der Leitlinien des Europäischen Rates handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus und schließt das Abkommen, wobei der Rahmen für die künftigen Beziehungen dieses Staates zur Union berücksichtigt wird. Das Abkommen wird nach Artikel 218 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ausgehandelt. Es wird vom Rat im Namen der Union geschlossen; der Rat beschließt mit qualifizierter Mehrheit nach Zustimmung des Europäischen Parlaments.

(3) **Die Verträge** (dh alle EU-Verträge/Anmerkung der Redaktion) finden auf den betroffenen Staat ab dem Tag des Inkrafttretens des Austrittsabkommens **oder andernfalls zwei Jahre nach der in Absatz 2 genannten Mitteilung** (der Austrittserklärung/Anmerkung der Redaktion) **keine Anwendung mehr**, es sei denn, der Europäische Rat beschließt im Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat einstimmig, diese Frist zu verlängern.

Aus diesem Wortlaut geht eindeutig hervor und ist auch in juristischen Fachkreisen völlig unbestritten, daß ein Austrittsabkommen („Deal“) mit

der EU (heute propagandistisch „weicher“ Austritt genannt) keineswegs zwingend oder gar Voraussetzung für einen Austritt eines Staates aus der EU darstellt. Und der sogenannte „harte Brexit“ ist nichts anderes als ein **ganz normaler, vertragskonformer Austritt aus der EU**, wie ihn die britischen Wähler auch wollten. Dies bestätigte auch der Wiener Rechtsanwalt Dr. Adrian Eugen Hollaender in einem kürzlichen, eindrucksvollen Vortrag zum Thema „Brexit“ im Wiener Akademikerbund.

Aufgrund der Verschleppungstaktik der EU- und der britischen Politiker wird Großbritannien nun voraussichtlich sogar an der Europawahl vom 26.5.2019 teilnehmen. Der „Held“ des Referendums, **Nigel Farage**, der damalige Chef der „United Kingdom Independence Party“ UKIP, die durch viele Jahre hindurch nur im Europaparlament, aber nicht im britischen Parlament vertreten war bzw. ist, hat erst vor wenigen Wochen eine neue Partei gegründet, nämlich die **„Brexit Party“**. Mit dieser führt er nur wenige Tage (!) nach deren Gründung bereits in den Meinungsumfragen als stärkste Partei mit 27 % noch vor der Labour Party mit 22 % und der Conservative Party mit 16 %. Die UKIP als eben-

falls strikte EU-Austritts-Partei wird auf 7 % geschätzt und die neue Partei von Brexit-Befürwortern „Change UK“ auf 8 % (gemäß „You Gov“).

Die Schweiz hat längst reagiert!

Der Bundesrat (die Schweizer Regierung) hat mit der britischen Regierung für die Zeit nach dem Brexit (ob mit oder ohne Deal) bereits eine ganze Reihe von Verträgen ausgehandelt, selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Zustimmung von Parlament und Souverän (dem Volk). Dort weiß man, daß die **freie Zusammenarbeit zwischen den Staaten** um vieles angenehmer und flexibler ist als die autoritäre Gleichschaltung der verschiedensten Rechtsordnungen und Kulturen nach EU-Manier. (Zitat aus „Zeit-Fragen“ vom 9.4.2019)

Die Schweiz hat sich auch längst von dem in der EU hochgejubelten Studenten-Auslandsaustauschprogramm **„ERASMUS“** verabschiedet und erledigt das gleiche viel unbürokratischer, effizienter und vor allem kostengünstiger für alle Beteiligten **in Eigenregie** und freier Zusammenarbeit der Universitäten in aller Welt auf direktem Weg untereinander. Auch dafür braucht es keine EU - ganz im Gegenteil!

Wie die EU die Klein- und Mittelbetriebe ruiniert.

von Gerald Grüner

A) Meine Firmengeschichte:

Mein Name ist Gerald Grüner, 53 Jahre, 2 Kinder. Ich bin seit 2002 Geschäftsführer einer kleinen Handelsfirma im Bereich Rohstoff-Zulieferung an die Industrie.

Das Unternehmen wurde 1991 von meinem Vater gegründet. Ich kam 1992 dazu, wobei ich dafür mein Medizinstudium aufgeben mußte.

Unsere Kunden, hauptsächlich im Bereich der Kosmetik, waren große Unternehmen wie Wella, L’Oreal, Henkel, Beiersdorf, BASF, Elida Fabergé und einige andere von Rang und Namen.

Sie alle hätten hohe Importzölle für ihre Endprodukte zu zahlen gehabt, wenn sie den österreichischen Markt

vom Ausland aus beliefern wollten. Um diese Importzölle zu umgehen, bauten sie 1950-1995 Produktionsstätten in Österreich auf. So konnten sie den österreichischen Markt kostengünstig bedienen und schufen Arbeitsplätze. Es war eine gute Zeit für unser Unternehmen, wir bauten insgesamt 5 Joint Ventures in Südosteuropa auf und hatten bereits 4 Angestellte in Österreich und ca. 10 in den Joint Ventures. Wir hatten hohe Gehälter, das Unternehmen florierte, expandierte und zahlte Steuern. Auch die Großunternehmen lebten gut.

Als Österreich 1995 der EU beitrat, **fielen auf einen Schlag alle Importzölle**. Unsere Großkunden mußten nicht mehr in Österreich produzieren. Da in Österreich sowohl das Lohnniveau als auch die

Produktionskosten relativ hoch waren (Hochpreismarkt), verließen die Großunternehmen nach und nach Österreich. Über die Jahre (bis ca. 2002) blieb kein einziger Kosmetik-Konzern in Österreich. In anderen, ebenfalls für uns wichtigen Branchen spielte sich dasselbe ab.

Später kamen auch die Länder zur EU, in denen wir die Joint Ventures hatten. Dort war es nicht anders – die großen Konzerne blieben nur so lange, bis sie in anderen Ländern (z.B. China) noch billiger produzieren konnten.

Wir verloren innerhalb von wenigen Jahren 80% unseres Deckungsbeitrags, mußten nach und nach 3 Angestellte entlassen, 4 Joint Ventures verkaufen und was übrigblieb,

reichte kaum zum Überleben des Unternehmens. 2002 sah mein Vater keinen Sinn mehr in der Firma und wollte sie liquidieren. Da ich aber für das Unternehmen mein Medizinstudium aufgegeben hatte – für eine Wiederaufnahme meines Studiums war es zu spät –, ging er in Pension und überließ mir die Firma. Er wünschte mir mit offenkundigen Zweifeln viel Glück damit.

B) Die stetige Druckzunahme durch die EU

Seither ist der Druck durch die EU auf mein Unternehmen und alle unsere Kunden (zumeist selbst Klein- und Mittelbetriebe) stetig gestiegen. Die EU gibt für unsere Branche ca. alle 3 Jahre neue Richtlinien od. Verordnungen heraus, die darauf hinauslaufen, daß wir **immer größere administrative Pflichten** bekommen und **immer höhere Kosten** zu tragen haben.

Ein Beispiel: ein mittelständisches Kleinunternehmen in Österreich produziert (vielleicht schon seit 50 Jahren) ein Produkt und verkauft ca. 100 kg davon pro Jahr.

Ein Multi produziert das gleiche Produkt und verkauft davon 10 Tonnen pro Jahr.

Nun gibt die EU eine Verordnung oder eine Richtlinie heraus, die verlangt, daß dieses Produkt in einer Liste neu „registriert“ werden muß. Dazu sind umfangreiche Studien notwendig. Die Registrierung kostet (z.B.) € 20.000,-.

Wohlgemerkt: Der Kleinunternehmer hat genau denselben Aufwand und dieselben Kosten zu tragen wie der Großkonzern. Der Konzern zahlt die € 20.000,- aber aus der Portokassa, seine Dokumentationsabteilung ist spezialisiert auf die Erstellung der Dokumente von allen seinen Produkten.

Der Kleinunternehmer hingegen muß die Dokumentation selbst erstellen (wofür er Monate braucht). Die Registrierung von € 20.000,- würde (z.B.) den 5-fachen Jahresumsatz mit diesem Produkt kosten. Er kann sich die Produktion also nicht mehr leisten und verliert das Geschäft komplett an den Multi.

Mit diesem einfachen Mittel der **Wettbewerbsverzerrung** unterstützt die EU systematisch die Multis



Foto & Gestaltung: R. Pomaroli

„Haus der Konzerne“ in Wien

und legt den Klein- und Mittelbetrieben eine Garotte um den Hals, die alle paar Jahre enger gezogen wird.

Wir kennen ähnliche Beispiele aus der Lebensmittelbranche: kleine Käseereien, Fleischereien, Molkereien können sich die hohen und immer steigenden, teilweise absurden Auflagen (im Bereich Hygiene, Qualitätssicherung etc.) nicht leisten und gehen zugrunde.

Das gesundheitsschädliche Glühbirnenverbot hat überhaupt nur 2 Großkonzernen riesige Gewinne beschert, alle anderen sind durch den Rost gefallen.

Die EU gibt jedes Jahr viele Richtlinien und Verordnungen heraus. In der Regel angeblich zum „Kundenschutz“ oder für andere angeblich dem Gemeinwohl dienenden Ziele. Zumindest von meiner Branche kann ich aber sagen: Bei näherer Betrachtung bleibt nicht viel davon übrig und man ist sich hier einig: Dieses Regelwerk verfolgt das Hauptziel, den Markt, der ja in vielen Bereichen immer noch von Klein- und Mittelunternehmen getragen wird, sukzessive an die multinationalen Großkonzerne übergehen zu lassen.

Man fragt sich – **ist die EU böse oder dumm?** Der Grund liegt in ihrer Struktur: Gesetze (Richtlinien und Verordnungen) werden von der Kommission erstellt. Die Kommission ist keine demokratisch gewählte Institution und besteht hauptsächlich aus Juristen, die für geplante Richtlinien in verschiedensten Branchen keine Expertise besitzen. Sie sind also abhängig von Experten in der jeweili-

gen Branche. Die Experten werden aber nicht von der EU bezahlt, sondern von der Wirtschaft bereitgestellt. Und wer kann sich diese Experten leisten? Richtig: ausschließlich große Konzerne und große Körperschaften.

Diese Experten verhalten sich selbstverständlich bei ihrer Beratungstätigkeit loyal zum Unternehmen, das sie bezahlt. Sie sind also Lobbyisten und beraten die Kommission im Interesse des Unternehmens, das sie bezahlt. Somit ist ein Teufelskreis geschlossen, der logischerweise nicht durchbrochen werden kann. Geschätzte **30.000 Lobbyisten** arbeiten der Kommission zu (Quelle: https://lobbypedia.de/wiki/Lobbyismus_in_der_EU).

C) Der Schaden für die EU-Mitgliedstaaten:

Für die Einzelstaaten der EU wirkt sich dieses System ebenfalls fatal aus:

Da sich jedes Unternehmen dort ansiedeln will, wo die Kosten am günstigsten sind, besteht unter allen EU-Ländern ein **ständiger Standortwettbewerb**, der dazu führt, daß sämtliche Kosten für Großunternehmen stetig fallen. Damit sinken also auch die Steuereinnahmen, das Lohnniveau, die Standortqualität, die Standortsicherheit und schließlich das Niveau des gesamten Sozialsystems.

Dieses Dumping ist eine Spirale nach unten ohne Ende. Denn es wird immer einen Staat geben, der mit noch günstigeren Standortbedingungen den einen oder anderen Multi ins Land ziehen will. Selbstverständlich zu ungunsten des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystems.

Der Trend ist also: **Die Multis werden reicher und übernehmen sukzessive den Markt. Die Klein- und Mittelbetriebe sterben aus.** Die staatlichen Leistungen (im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem und beim Ausbau der Infrastruktur) werden geringer.

In der EU frißt die Gier langsam die Vernunft auf.

Da die großen Medien im Besitz von Großkonzernen sind, hört man davon aber wenig.

Gerald Grüner,
NFÖ-Landesobmann von Wien

Kontakt:
gerald.gruener@gmail.com
Tel. 0676/406 54 09

Wissenschaftler warnen vor Risiken durch 5G - Politiker setzen sich darüber hinweg!

„Wir, die mehr als 180 unterzeichnenden Wissenschaftler und Ärzte von 36 Ländern, empfehlen ein Moratorium*) beim Ausbau der fünften Generation für Telekommunikation, bis potenzielle Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt vollständig durch industrieunabhängige Wissenschaftler erforscht wurden. 5G wird die Exposition gegenüber elektromagnetischen Feldern im Hochfrequenzbereich (HF-EMF) stark erhöhen, indem es zu GSM, UMTS, LTE, WLAN usw. hinzukommt, die bereits für die Telekommunikation genutzt werden. Es ist erwiesen, daß HF-EMF für Menschen und die Umwelt schädlich sind.“

Mit diesen Worten beginnt ein am 13.9.2017 veröffentlichter internationaler Appell, der unter

<https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1220>

eingesehen werden kann und aus dem wir nachfolgend einige Passagen zitieren.

Vorweg aber die Tatsache, daß die **österreichische** Bundesregierung, insbesondere Kanzler **Kurz** und die Minister **Hofer** und **Schramböck** (bis zum Regierungseintritt Geschäftsführerin der Mobilfunkanbieterin A1-Telekom) unbedingt **Vorreiter** bei der Einführung der 5G-Mobilfunknetze **in ganz Europa** sein wollen und im März dieses Jahres bereits die ersten Lizenzen für deren Ausbau in 20 Testregionen in Österreich von Mobilfunkunternehmen **ersteigern ließen**. Ohne jegliche öffentliche Diskussion über pro und contra im Vorfeld, ohne jegliche Information der Allgemeinheit, trotz von zigttausend Menschen unterschriebenen Petitionen dagegen.

Bereits 2020 soll der **flächen-deckende Ausbau** erfolgen. U.a. drohen großflächige Abholzungen, da Bäume 5G-Netz-Funkwellen stören. Wie immer müssen Riesengewinne und „zigttausend Arbeitsplätze“ als Begründung herhalten. Das übliche Bild: die Industrie fordert, die Regierung spurt. Brüssel, Genf und andere Städte hingegen haben sich gegen den 5G-Ausbau ausgesprochen. Im obigen Appell heißt es weiter:

5G führt zu einer massiven Zunahme der Zwangsexposition durch kabellose Kommunikation.

Die 5G-Technik funktioniert nur über kurze Entfernungen. Durch festes Material werden die Signale nur schlecht übertragen. Viele neue Antennen werden benötigt, und

die vollständige Einführung wird in städtischen Gebieten zu **Antennen im Abstand von 10 bis 12 Häusern** führen. Daher wird die Zwangsexposition stark erhöht.

Mit der „immer umfangreicheren Nutzung kabelloser Techniken“ kann niemand einer Exposition aus dem Weg gehen. Neben der erhöhten Anzahl von 5G-Basisstationen (selbst innerhalb von Häusern, Läden und Krankenhäusern) werden nämlich laut Schätzungen „10 bis 20 Millionen Drahtlosanschlüsse“ (von Kühlschränken, Waschmaschinen, Überwachungskameras, selbstfahrenden Autos und Bussen, usw.) Teil des **„Internets der Dinge“** sein. All dies zusammen kann zu einer exponentiellen Zunahme der gesamten langfristigen Exposition aller EU-Bürger gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Feldern (HF-EMF) führen.

Schädliche Auswirkungen von HF-EMF sind bereits bewiesen.

Über 230 Wissenschaftler aus mehr als 40 Ländern haben ihre „ernsthafte Besorgnis“ hinsichtlich der allgenwärtigen und zunehmenden Exposition gegenüber **elektromagnetischen Feldern** durch elektrische und kabellose Geräte geäußert, schon vor dem zusätzlichen Ausbau von 5G. Sie beziehen sich auf die Tatsache, daß „zahlreiche aktuelle wissenschaftliche Veröffentlichungen gezeigt haben, daß sich elektromagnetische Felder **auf lebende Organismen auswirken**, bereits bei Intensitäten, die weit unterhalb der meisten internationalen und nationalen Grenzwerte liegen.“ Zu den Auswirkungen gehören erhöhtes Krebsrisiko, Zellstress, eine Zunahme schädlicher freier Radikaler, Genschäden, strukturelle und funktionelle Veränderungen am Fortpflanzungssystem, Lern- und

Gedächtnisdefizite, neurologische Störungen sowie negative Auswirkungen auf das allgemeine Wohlbefinden bei Menschen. Schädigungen betreffen bei weitem nicht nur den Menschen. Es gibt nämlich zunehmende Hinweise auf schädliche Auswirkungen bei Pflanzen und Tieren.

„Sicherheitsrichtlinien“ schützen die Industrie - nicht die Gesundheit.

Die aktuellen ICNIRP-„Sicherheitsrichtlinien“ sind veraltet. Sämtliche belegten Schäden, die oben erwähnt werden, treten auf, obwohl sich die Strahlung unterhalb der „Sicherheitsrichtlinien“ der ICNIRP befindet. Deshalb sind neue Sicherheitsstandards erforderlich.

Der Grund für die irreführenden Richtlinien liegt am **Interessenkonflikt** der ICNIRP-Mitglieder, aufgrund ihrer Beziehungen zu Telekommunikations- oder Stromunternehmen. Dieser untergräbt die Unparteilichkeit, die die Festlegung von öffentlichen Expositionsstandards gegenüber nicht-ionisierender Strahlung leiten sollte. ... Um Krebsrisiken zu bewerten, ist es notwendig, Wissenschaftler mit Fachkompetenz in der Medizin, insbesondere der Onkologie, einzubeziehen.“ Die aktuellen Richtlinien der ICNIRP/WHO für elektromagnetische Felder beruhen auf der überholten Hypothese, daß „die kritische Wirkung der Exposition gegenüber HF-EMF, die für die menschliche Gesundheit und Sicherheit relevant ist, in der **Erwärmung** des exponierten Gewebes liegt.“ Wissenschaftler haben jedoch bewiesen, daß viele verschiedenen Arten von Krankheiten und Schädigungen verursacht wurden, ohne daß eine Erwärmung stattfindet („nicht-thermische Wirkungen“), bei Strahlungsintensitäten, die weit **unterhalb** der ICNIRP-Grenzwerte liegen.

Wir legen der EU Folgendes eindringlich nahe:

1) Alle zumutbaren Maßnahmen **zu ergreifen**, um die Ausbreitung der hochfrequenten elektromagnetischen Felder (HF-EMF) von **5G zu stoppen**, bis unabhängige Wissenschaftler sicherstellen können, daß für EU-Bürger 5G und die gesamten Strahlungsintensitäten, die durch HF-EMF (5G zusammen mit GSM, UMTS, LTE und WLAN) nicht schädlich sind, insbesondere für Säuglinge, Kinder und schwangere Frauen sowie für die Umwelt.

2) **Zu empfehlen**, daß alle EU-Länder, insbesondere ihre Strahlenschutzbehörden, die Resolution 1815 erfüllen und ihre Bürger, einschließlich Lehrern und Ärzten, über Gesundheitsrisiken durch HF-EMF-Strahlung **aufklären** sowie darüber, wie und warum kabellose Kommunikation **zu vermeiden** ist, insbesondere in/an/nahe z. B. Zentren für die Tagesbetreuung, Schulen, Wohnungen, Arbeitsplätzen, Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen.

3) Sofort, ohne Einflußnahme der Industrie, eine EU-Arbeitsgruppe unabhängiger, tatsächlich unparteiischer Wissenschaftler zu EMF und Gesundheit ohne Interessenkonflikte **zu ernennen**, um die Gesundheitsrisiken zu bewerten und:

a) Über neue, sichere „Grenzwerte für die maximale Gesamtexposition“ **für die gesamte kabellose Kommunikation** innerhalb der EU zu entscheiden.

b) Die gesamte und kumulative Exposition, von der EU-Bürger betroffen sind, **zu erforschen**.

c) Regeln **zu verfassen**, die innerhalb der EU vorgeschrieben/durchgesetzt werden, die festlegen, wie zu verhindern ist, daß die neuen „Grenzwerte für die maximale Gesamtexposition“ in der EU überschritten werden. Dies gilt im Hinblick auf alle Arten elektromagnetischer Felder, um die Bürger zu schützen, insbesondere Säuglinge, Kinder und schwangere Frauen.

4) **Zu verhindern**, daß die Drahtloskommunikations-/Telekommunikationsbranche über ihre Lobbyorganisationen EU-Beamte dazu überredet, Entscheidungen zur weiteren Verbreitung der hochfrequenten

Strahlung, einschließlich 5G, in Europa zu treffen.

5) Kabelgebundene digitale Telekommunikation zu bevorzugen und auszubauen.

Hochachtungsvoll unterbreitet

Rainer Nyberg,
EdD, Professor Emeritus
(Åbo Akademi), Vasa, Finland

Lennart Hardell,
MD, PhD, Professor (assoc)
Department of Oncology,
Faculty of Medicine and Health,
University Hospital,
Örebro, Sweden

Die Liste der Unterzeichner finden Sie im PDF.

////////////////////////////////////

Ergänzung der Redaktion:

Wozu das alles?

In den Firmenprospekten liest man dazu: „**Für selbstfahrende Autos**, für selbst ablesende Strom- und Wasserzähler und Kühlschränke, die dem Besitzer signalisieren, wenn die Milch ausgeht. Und natürlich für mehr Geschwindigkeit im Netz.“

Ein tieferer Grund könnte in etwas ganz anderem liegen. Im Deutschen Patentamt findet man unter der Nummer DE 102 53 433 A1 die Offenlegung zur Anmeldung mit Datum 11.11.2002 und da ist von der Anwendung **Gedanken-Steuerung, -Lesen und -Eingeben** die Rede, also der Möglichkeit zur Schaffung von elektromagnetisch gesteuerten Wesen, die einer Art „**mind control**“ unterliegen.

Ist wirklich alles, was machbar ist, auch wünschenswert? Und wäre es nicht längst an der Zeit, die weitere Digitalisierung unserer Welt auf ein vernünftiges Maß zu beschränken? Wollen wir wirklich die online-Sucht der Politiker unterstützen und damit zum in den Netzen gefangenen Bürger werden?

Wir meinen: FREIHEIT und noch einigermaßen intakte Lebensräume wären viel erstrebenswertere Ziele!

*) „Moratorium“ = vertraglich vereinbarter oder gesetzlich angeordneter Aufschub

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 30 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Wie weiter? Ein Appell.

Für den engeren Kreis an aktiven Mitarbeitern war der knapp verfehlte Wahlantritt bei dieser Europawahl **eine große Zäsur**. Nach über 30 Jahren überparteilicher Aufklärungsarbeit an der Basis wollten wir durch diese Kandidatur dem Lager der EU-Gegner in Österreich endlich einen größeren öffentlichen Stellenwert und professionellere Wirkungsmöglichkeiten als bisher verschaffen. Der Wahlantritt hätte der Anti-EU-Bewegung im Volk insgesamt einen großen Motivationsschub bringen sollen. Dieses Ziel unseres über viermonatigen Intensiveinsatzes dafür wurde nicht erreicht. Und zwar deshalb, weil einfach zu wenige bereit waren, sich dabei wirklich zu engagieren und zu viele sich auf „Andere“ (welche?) verließen. Es wird **auf mindestens vier Jahre** keine weitere Möglichkeit zur Erreichung dieses Ziels geben.

Wir dürfen die Augen nicht vor den Tatsachen verschließen! Daran war **nicht** die weitgehend desinformierte „breite Masse“ schuld (eine beliebte Ausrede), sondern die über teilweise viele Jahre hinweg gut informierten „eigenen“ Gleichgesinnten/Leser/Sympathisanten. Viele davon, auch aus befreundeten Initiativen, kennen wir persönlich und haben auch deren Anliegen immer wieder unterstützt und verbreitet. Wenn diese aber in einer entscheidenden Phase nicht den Mut oder die Zeit aufbringen, dafür wenigstens eine halbe Stunde für den Weg zum Gemeindeamt/Stadtmagistrat zu opfern und auch Andere dazu zu bewegen, dann fehlt die für das Überleben eines Volkes notwendige, konkrete **Leistung für die Allgemeinheit** und die **Solidarität** mit jenen, die sehr wohl Zeit und Geld dafür einsetzen - die sind nämlich die Betroffenen!

Die 2.358 Mitbürger, die tatsächlich innerhalb der knappen Frist von wenigen Wochen ihre Unterstützungserklärung für EU-NEIN rechtzeitig behördlich bestätigen ließen und an uns einsandten und denen unsere ganze Hochachtung gebührt, wurden von diesen „Anderen“ schmählich **im Stich gelassen**. Die EU-hörigen Parteien - und das sind ohne Ausnahme alle zu dieser Europawahl aus Österreich antre-

tenden - sitzen jetzt fester im Sattel denn je und reiben sich die Hände.

Was da verspielt wurde, kann man kaum in Worte fassen. Offenbar wollten viele den **Ernst der Lage** nicht erkennen; nur ein Bruchteil der langjährigen WEGWARTE-Empfänger gingen auch tatsächlich unterschreiben und ein noch weit geringerer, geradezu mikroskopisch kleiner Teil beteiligte sich an der Verbreitungs- und Info-Stand-Arbeit. Es gibt bei uns einige der „tragenden“ Kräfte, die seit Jahren privat sehr viel auf Spiel setzen (vor allem Zeit), um diese Arbeit für unser Volk überhaupt machen zu können. Sie fragen sich jetzt, **ob sie ihre Arbeit überhaupt fortsetzen sollen**. Es macht auf jeden Fall nur Sinn, wenn beim nächsten vergleichbaren Anlaß (voraussichtlich erst in vier Jahren) die Bereitschaft zum gemeinsamen Wollen und Handeln unserer Leser und Sympathisanten eine ganz andere sein wird wie diesmal!

*„Nicht weil es schwer ist,
wagen wir es nicht,
sondern weil wir es nicht wagen,
ist es schwer!“*

Seneca

Ein sehr positiver Aspekt der letzten vier bis fünf Monate war die Zusammenarbeit mit der Partei **„Neutrales Freies Österreich“ NFÖ**, mit der es ja schon seit langem viele Querverbindungen gibt, und die sich sehr bewährt hat. Dabei haben sich wirklich zwei Initiativen „gefunden“, die einander achten und respektieren. Wenn ein Bündnis in einer sehr schwierigen Arbeitsphase wirklich ohne irgendwelche Reibereien zusammenhält, werden die beiden Partner IHU und NFÖ auch in Zukunft sicher weiter kongenial zusammenarbeiten.

*Inge Rauscher,
Obfrau der Initiative Heimat & Umwelt*

www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE 29. Jahrgang, Folge 3, Mai 2019
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt,
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5, ihu@a1.net
Tel.: 02242/70 516 oder 0664/425 19 35,
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24.04.2019
Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053,
BIC: OPSKATWW

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer